

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 RM. postfrei. Die einzelnen Nummern kosten 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der „Briefetal-Bote“ Birtenwerder, Bahnhofstraße 5 und von allen Anzeigen-Ergebnissen angenommen. Die neuangelegte Postzeitung kostet 25 Pfennig, die Restausgabe 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birtenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehntz, Stolpe



für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Lehrredakteur: Amt Birtenwerder Nr. 5
Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birtenwerder und Schönfließ

Nr. 182 Postfachkonto: Berlin 62 448. Dienstag, den 16. November 1926 Postfachkonto: Berlin 62 448. 25. Jahrg

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Die Hundsteuer für das Halbjahr Oktober 1926 bis März 1927 ist bis zum 30. November 1926 an die hiesige Gemeindekasse zu zahlen.

Bergfelde, den 16. November 1926.
Der Gemeindevorsteher. Czekowski

Der Jagdpachtvertrag über die Verpachtung der hiesigen Gemeindejagd liegt vom 16. d. Mis. ab 14 Tage lang zur öffentlichen Einsicht aus.

Bergfelde, den 16. November 1926.
Der Jagdpächter. Czekowski

Was gibt es Neues?

- Am heutigen Montag beginnt in Genf die neue Tagung der vorbereitenden Weltwirtschaftskonferenz.
- Die ungarische Nationalversammlung wird an diesem Dienstag aufgelöst werden. Die Neuwahlen finden am 9. und 10. Dezember statt.
- Zum Präsidenten der Republik Nicaragua wurde Senator Diaz gewählt, der bereits von 1911 bis 1917 Präsident war.
- Drei mit Dolch bewaffnete Individuen, die in das Haus des japanischen Ministerpräsidenten einzudringen versuchten, wurden verhaftet.
- Der an der französisch-spanischen Grenze verhaftete katalonische Führer Oberst Macia wurde nach Paris überführt.

Die Wahlen vom Sonntag.

Über die Wahlbeteiligung in den Städten bei den Bürgermeistereiwahlen war außerordentlich stark, so daß ein Durchschnittsergebnis von fast 90 Prozent herauskommt. Es erhielten Stimmen: Sozialdemokraten 31 831 (25 294), Kommunisten 4 726 (8 896), Demokratische Sondergruppe 1 719 (6 556), Hausbesitzergruppe 608, Aufwertungsgruppe 977, Zentrum 681, Hanseatische Volkspartei 32 940, Kriegsschadigte 638. Die Einsichtlichen sind nach diesem Ergebnis wie folgt: Sozialdemokraten 35 (28), Kommunisten 5 (10), Demokraten 2 (7), Aufwertungsgruppe 1 (0), Zentrum 1 (0), Hanseatische Volkspartei 36.

Gemeindevorsteher in Sachsen.

Wieder sind folgende Resultate bekannt: Leipzig. Wirtschaftspolitische Gemeindefraktion 18, Sozialdemokraten 26, Kommunisten 14, Demokraten 4, U. S. P. D. 1, Reichspartei für Recht und Aufwertung 6, Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei 1, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 4, Alte Sozialdemokratische Partei 1.
Görlitz. Sozialdemokraten 17 (16), Kommunisten 14 (15), Deutsche Volkspartei 8 (11), Nationalsoz. Volkspartei 8 (10), Wirtschaftspolitische Gemeindefraktion 3 (4), Alte Soz. 0 (0), Nationalsoz. 1 (0), Aufwertungsgruppe 2 (0).
Wittenberg. Sozialdemokraten 9, Kommunisten 3, Vereinigte Wirtschaftspolitische 5, Nationalsozialisten 3, Demokraten 1, Aufwertungsgruppe 1, Haus- und Grundbesitzer 3 Mandate.
Borna. Sozialisten 9, Kommunisten 7, Volkspartei 4, Deutschnationale 4, Wirtschaftspolitische 4, Demokraten 2, Kriegsschadigte 2, alte Sozialisten 1, Beamte und Angestellte 2.

Der Preussische Landgemeindevorsteher.

Staatssekretär Popitz über den Finanzausgleich.
Aus den Kreisen der Landgemeinden sind in der letzten Zeit zahlreiche Beschwerden über die Verzögerung der endgültigen Regelung des Finanzausgleichs laut geworden. Auf diese Klagen hat der Staatssekretär Dr. Popitz vom Reichsfinanzministerium auf der Tagung der Preussischen Landgemeinden, die soeben in Berlin stattfand, mit einer ausführlichen Rede geantwortet.
Es handelte sich hier um eine aktuelle Frage für Reich, Länder und Gemeinden, und es mußte vor allem erreicht werden, einen friedlichen Ausgleich der einzelnen Interessen herbeizuführen. Eine endgültige Regelung des Finanzausgleichs könne noch nicht in Aussicht gestellt werden, was besonders darauf zurückzuführen sei, daß der Etat für 1928 bereits abgeschlossen sei und die statistischen Erhebungen über die Einkommen- und die Körperschaftsteuer noch nicht abgeschlossen seien. Das Reich verfüge auch noch nicht über

die genügenden Unterlagen, so daß bei dem in Frage kommenden gewaltigen Fragenkomplex noch nicht damit gerechnet werden könne, daß vor dem 1. April 1927 an eine endgültige Regelung herantreten werden könne. Durch das späte Wiederaufammentreten des Reichstages seien die gesetzgeberischen Arbeiten in Rückstand gekommen.

Der Staatssekretär kam dann auf die Klagen der Eisenbahngemeinden zu sprechen, die über einen großen Verwaltungsapparat verfügen, aber keine entsprechenden Einnahmen haben, weil die Reichsbahngesellschaft nicht verpflichtet ist, Steuern zu bezahlen. Diese Gemeinden würden durch die Zulassung der Reichsbahngesellschaft, daß sie einen entsprechenden Steuerbetrag zahlen werde, in eine bessere Lage versetzt. Die Gesundung der Landwirtschaft sei deswegen von großer Bedeutung, weil durch die große Verschuldung des Großgrundbesitzes und das geringe Einkommen der Landarbeiter Steuerquellen auf dem Lande fast völlig fehlten und lediglich die Schichten der Bauern, der Gewerbetreibenden und der Beamtenschaft für die Steuerzahlung in Frage kämen.

Um den Vorsitz im Völkerverbundsrat.

Dr. Stresemanns Teilnahme an der Ratssitzung in Frage gestellt.
Wie aus maßgebenden Kreisen verlautet, besteht bei der Reichsregierung der Wunsch, auch bei der bevorstehenden Dezembertagung des Völkerverbundes noch nicht den Vorsitz zu übernehmen, vielmehr damit zu warten, bis der Völkerverbund seine Tagung in Berlin abhält; das wird bekanntlich voraussichtlich im März nächsten Jahres sein.

Bisher sieht noch nicht fest, ob Dr. Stresemann an der Dezembertagung des Völkerverbundes persönlich teilnehmen wird. Soweit verlautet, hat er dazu vorläufig keine Meinung, da noch immer die Frage der Militärkontrollen nicht endgültig geklärt ist.

Sollte bis zur Dezembertagung des Völkerverbundes diese Frage noch offen sein, so muß damit gerechnet werden, daß Dr. Stresemann auf eine Teilnahme an der Tagung verzichtet wird; als sein Vertreter würde dann Staatssekretär v. Schubert nach Genf gehen. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen, da noch immer mit der Möglichkeit gerechnet wird, daß die Frage der Militärkontrollen bis dahin bereinigt sein wird.

Boischafterrat und Entwaffnung.

Noch keine endgültige Entscheidung.
Die Pariser Boischafterkonferenz hat am letzten Sonnabend eine Sitzung abgehalten, in deren Verlauf sie sich auch mit der Frage der deutschen Entwaffnung beschäftigt hat. Sie traf keinerlei endgültige Entscheidungen. Die Frage der zutunigen Regelung der Kontrolle wurde nicht angehten. General Voth, der eine Inspektionsreise durch Deutschland machen soll, wird dann der Boischafterkonferenz nach seiner Rückkehr Bericht erstatten. Im Laufe der Besprechungen wurde festgestellt, daß Deutschland „einen Teil der Forderungen der Boischafterkonferenz erfüllt“ habe.

Wanderrede über seinen Pariser Aufenthalt.
Der belgische Minister des Äußeren, Vandervelde, der von seinem eintägigen Pariser Aufenthalt wieder in Brüssel eintraf, erklärte einem Vertreter des Soir u. a., daß Brüssel und er mit Befriedigung die vollkommene Uebereinstimmung der Ansichten beider Regierungen feststellen hätten. Bei der Aussprache sei der ganze Fragenkomplex über die Treaty-Verträge aufgerollt worden. Man habe u. a. die Fragen der Entwaffnung, die der interalliierten Kontrollkommission in Deutschland, der Verminderung der Befehlsgewalt am Rhein und der Mobilisierung der Eisenbahnmobilisationen erörtert. Wenn die Konferenz der Boischafter die von Deutschland eingezugene Verpflichtungen als ausreichend beurteile, werde der Völkerverbund die militärische Kontrolle ausüben.

Neue Hege gegen Deutschland.

Der gefährliche Leitfaden.
In gewissen französischen Kreisen wird neuerdings ein amtliches deutsches Handbuch für Soldaten zum Anlaß einer Hege gegen Deutschland genommen, indem behauptet wird, daß in dem Buch die Reichswehr zur Wiedereroberung der verlorenen Provinzen aufgeföhrt werde.

Demgegenüber kann folgender Tatbestand festgestellt werden: Dem in weiteren Kreisen Deutschlands übrigens gänzlich unbekanntem Leitfaden für den Unterricht im Heere ist ein geschichtlicher Anhang beigegeben, der in Anlage 12 einen historischen Ueberblick über die wechselvollen Schicksale Elsaß-Lothringens und ein paar statistische Angaben über die Zusammensetzung der Bevölkerung (87 Prozent Deutsche) enthält. Es sei ohne weiteres zugegeben, daß diese paar Sätze des Textes nicht gerade geschickt formuliert waren, obwohl von einer Aufforderung zur Wiedereroberung keine Rede war. Sie sind aber aus eben diesem Grunde für die zweite Auflage bereits geändert worden. Wenn man sie in Vergleich stellt zu den zahllosen Entgleisungen schämmster Art in französischen Lehrbüchern, so müssen sie jedenfalls als äußerst harmlos bezeichnet werden.

Koste über die Marine-Meuterei.

Vernehmung durch den Untersuchungsanspruch.
Der vierte Untersuchungsanspruch des 20. (Untersuchungs-) Ausschusses vernahm in seiner letzten Sitzung den Oberpräsidenten Koste über die Verhältnisse in der Marine während des Krieges.

Koste erklärte, daß ihm über ein Zusammenwirken der Unabhängigen Sozialdemokraten mit den Mannschaften, die im Jahre 1917 meuterten, nicht bekannt geworden sei. In der Meuterei hätten sich Koste in dem Sinne, daß wenn Koste von der U.S.D. zu den meuternden Schiffen wußte, man sie mit aller Energie durchschneiden müßte. Ueber den

Ausbruch der Revolution in Kiel.

Im Jahre 1918 bestätigte Koste im ganzen das, was er schon im Dolchstoßprozeß in München ausgesprochen hat. Als er nach Kiel kam, suchte er längere Zeit nach der Revolution leitenden Stellen. Er fand keine. In allem sieht Koste den Beweis, daß von einer Organisation der Revolution durch die U.S.D. keine Rede sein konnte. Nach seiner Meinung entsprang die Revolution aus dem elementaren Verlangen der Mannschaften, nach Hause zu kommen, nachdem durch Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen der Krieg nach ihrer Meinung letztendlich zuende war. Jetzt wollte niemand mehr sein Leben opfern.

Ende Oktober wäre es vielleicht noch möglich gewesen, eine Operation mit der Flotte zu unternehmen. Nachdem die Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet waren, hätte auch ein Befehl der Meuterei des Prinzen Max von die Flotte nicht mehr dazu gebracht, zur Seeblockade anzulaufen.

Eine Chorazow-Konferenz.

Polen stimmt dem deutschen Vorschlag zu.
Die polnische Regierung hat jetzt ihre Antwort auf die deutsche Note vom 4. November in der Chorazow-Frage der deutschen Regierung zugehen lassen. Die polnische Regierung erklärt sich in der Note mit der Anregung der deutschen Regierung, eine Konferenz zur Regelung der Chorazow-Frage einzuberufen, einverstanden. Sie schlägt jedoch vor, die Konferenz um eine Woche, und zwar bis zum 22. November, mit dem Tagungsort Berlin zu verschieben. Nach dem Vorschlag Polens sollen auf dieser Konferenz sämtliche Entschädigungsfragen im Zusammenhang erörtert werden.

Weißwollens-Angebot!

Daunen 50	Fertige Betten	Betten	Bettstellen
	Oberbett 9.90 Unterbett 7.90 Kissen 3.45		80/180 13.50 90/190 19.50 150/200 32.-
Steppdecken	Mandarinendaunen	Bettwäsche	
	Oberbett 6.50 Unterbett 5.50 Kissen 1.95		13.- 14.- 30.-
Mandarinendaunen 7.50	Fertige Inlette		
	5.60 Oberbett 5.50 Unterbett 1.95 Kissen		
Rupffedern	Schleiffedern		

2959 Daunen-Decken mit 3 Pfund Mandarinen-Daunen
5000 Daunen-Oberbett mit 3 Pfund weißen Daunen gefüllt

Schaefer
nur im Stadtbahnhof Börse